Kleine Anfrage

des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD

Absetzung der Leiterin der Geschäftsstelle für gefährliche religiös-weltanschauliche Angebote

Ich frage die Landesregierung:

1. Zu welchem Zeitpunkt wurde von wem die Entscheidung, die Abordnung der Leiterin der Geschäftsstelle für gefährliche religiös-weltanschauliche Angebote an das Kultusministerium nicht zu verlängern, getroffen?
2. Wann wurde die oben genannte Geschäftsstellenleiterin über die unter Frage 1 genannte Entscheidung informiert?
3. Welche Begründung wurde der oben genannten Geschäftsstellenleiterin für die unter Frage 1 genannte Entscheidung dargelegt?
4. Ist es zutreffend, dass der Personalrat des Kultusministeriums sowie der Hauptpersonalrat Berufliche Schulen auf Antrag des Personalreferats des Kultusministeriums im April bzw. Mai 2025 einer Verlängerung der Abordnung der oben genannten Geschäftsstellenleiterin um zwei Jahre zugestimmt hatten?
5. Mit welcher Begründung wurde trotz der Zustimmung des Personalrats des Kultusministeriums bzw. des Hauptpersonalrats Berufliche Schulen die Abordnung der oben genannten Geschäftsstellenleiterin nicht verlängert?
6. Ist es zutreffend, dass aufgrund dieser Personalentscheidung bereits zwei für ca. 300 Schulleitungen verpflichtende Dienstbesprechungen zum Thema „Antisemitismus und Alltagsdiskriminierung“ auf unbestimmte Zeit verschoben wurden?
7. Zu welchem Zeitpunkt soll die Leitung der Geschäftsstelle für gefährliche religiös-weltanschauliche Angebote nach welchen fachlichen Kriterien neu besetzt werden?
8. Unter wessen Verantwortung wird die unter Frage 7 genannte Neubesetzung erfolgen?
9. Welche konkreten Vorkehrungen wurden getroffen, um bis zur unter Frage 7 genannten Neubesetzung die Erfüllung der Aufgaben der Geschäftsstelle für gefährliche religiös-weltanschauliche Angebote sicherzustellen?

27.8.2025

Dr. Fulst-Blei SPD

Begründung

Der Berichterstattung in der Presse ist zu entnehmen, dass die Abordnung der Leiterin der Geschäftsstelle für religiös-weltanschauliche Angebote an das Kultusministerium ohne Nennung von Gründen nicht verlängert wird. Laut der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 22. August 2025 protestierten gegen diese Entscheidung namhafte Expertinnen wie die Direktorin des staatlichen Sektenbeobachtungszentrums CIAOSN und die Geschäftsführerin der Bundesstelle für Sektenfragen der österreichischen Regierung. Vor diesem Hintergrund soll diese Kleine Anfrage klären, wie es zu der Entscheidung kam, die Leiterin der Geschäftsstelle für religiös-weltanschauliche Angebote von ihren Aufgaben zu entbinden und wie die Landesregierung sicherstellen will, dass die Geschäftsstelle für religiös-weltanschauliche Angebote weiterhin ihre Aufgaben wie die Antisemitismusprävention an Schulen oder die Beratung von Bürgerinnen und Bürgern erfüllen kann.